

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(26. - öffentliche - Sitzung am 20. Februar 2019)

Beratungsthemen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss verständigte sich mit Blick auf die am heutigen Tag stattfindende Sitzung des Ältestenrates darauf, die Beratungsgegenstände abweichend von der Einladung zu der Sitzung in der Reihenfolge zu behandeln, wie sie sich aus diesem Kurzbericht ergibt.

1. Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1403](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU in der Vorlage 3 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

2. Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1404](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

3. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung des Max-Planck-Instituts über die Ergebnisse einer Studie zur Thematik „Feinstaub“

Der Ausschuss besprach die Frage einer Unterrichtung bzw. Anhörung zu der Studie. Er kam überein, zunächst die Veröffentlichung der Studie abzuwarten.

4. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2769](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Einen Berichtersteller legte er noch nicht fest.

Er bat zu prüfen, ob es einer Befassung mit dem Gesetzentwurf durch den mitberatenden Unterausschuss „Verbraucherschutz“ bedarf.

5. **Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) voranbringen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/161](#)

Seitens der Fraktion der Grünen wurde ein eigener Antrag zum Thema der Digitalisierung in der Landwirtschaft angekündigt.

Der Ausschuss stelle daraufhin die abschließende Behandlung des Antrages der FDP-Fraktion zurück und kam überein, die Beratung des Antrages der FDP-Fraktion und des seitens der Fraktion der Grünen angekündigten Antrages zusammenzufassen.

6. **Tierschutzverstöße beim Schlachten verhindern - Betäubungspraxis auf den Prüfstand stellen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/748](#)

Der Ausschuss setzte den Antrag einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

7. **Teilmobile, stressfreie Schlachtungsmethoden unterstützen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2786](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrages auf.

Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den Forderungen in dem Antrag der FDP-Fraktion sowie zu den sich in diesem Zusammenhang stellenden juristischen Fragen. Er verständigte sich darauf, auch mit Blick auf den Antrag in der Drucksache 748 jeweils einen Schlachtbetrieb für Rinder, für Schweine und für Geflügel zu besichtigen. Als Termin hierfür nahm er seine für den 21. August vorgesehene Sitzung in Aussicht.

8. **Fokus Klima: Landwirtschaft nach Dürre und Hitzewelle nachhaltig neu ausrichten!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1398](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

Als Termin hierfür nahm er den 4. September 2019 in Aussicht.

Er kam überein, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD jeweils eine Anzuhörende bzw. jeweils ein Anzuhörender benannt werden.

Er bat die Sprecher der Fraktionen, sich am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes auf den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.